

BESCHLUSSPROTOKOLL

Gremium	Sitzung am	Seiten insgesamt
Haupt- und Finanzausschuss	18.08.2026	

Sitzungsort	im Ratssaal des Rathauses, Mannheimer Str. 24
Sitzungsdauer	17:00 - 19:06 Uhr

Öffentliche Sitzung

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil des Protokolls sind.

Vorsitzende

Schriftführerin

Sitzungsteilnehmer siehe beiliegendes Teilnehmerverzeichnis.

Die Tagesordnung ist dieser Niederschrift als Anlage beigelegt.

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass zu dieser ordnungsgemäß, unter schriftlicher Mitteilung der Tagesordnung, eingeladen wurde.

Beschlussfähigkeit im Sinne des § 39 Gemeindeordnung (GemO) liegt vor.

Gegen die vorliegende Tagesordnung werden keine Bedenken erhoben.



Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

- 1 Übernahme einer Bürgschaft für ein Investitionsdarlehen der Stadtwerke Bad Dürkheim GmbH
- 2 Außerplanmäßige Verluste für das Freizeitbad Salinarium 2025
hier: Kapitaleinlage in die Stadtwerke Bad Dürkheim GmbH
- 3 Baukosten Therme: Übernahme der Mehrkosten durch die Stadt
- 4 Sicherung der Betreuungsqualität durch Vertretungskräfte in Kindertagesstätten und Horten
hier: Einsatz und notwendige Stellenmehrung von Vertretungskräften
- 5 Mitgliedschaft in der Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros
- 6 Förderprojekt "Gemeinsames Prozessmanagement und Wissensmanagement" im Rahmen der Interkommunalen Zusammenarbeit (IKZ)
- 7 Annahme von Sponsoringleistungen, Spenden, Schenkungen und ähnliche Zuwendungen gem. § 94 Abs. 3 Gemeindeordnung
- 8 Informationen
- 9 Anfragen

Anwesenheitsliste

Haupt- und Finanzausschuss

vom 18.08.2026

Vorsitzende:

Bauernschmitt, Natalie

Erster Beigeordneter:

Güther, Claudius

Beigeordnete:

Ester, Gerd

Strobel, Angela

CDU:

Brand, Thorsten
Hoffmann, Gisela
Kalbfuß, Thomas
Michler, Christine
Wolf, Andreas
Wolf, Markus
Zackiewicz, Jana

ab 17:08 Uhr

SPD:

Kissel, Kerstin
Lang, Ralf
Stepp, Ina

ab 17:23 Uhr - 20:39 Uhr

FWG:

Günther, Axel G.
Karst, Uli
Krick, Frank

Vertretung für Herrn Jochen Schmitt

FDP:

Dick-Walther, Petra
Schubert, Walter

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Bruns, Johanna

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Giel, Thomas, Prof.
Hagen, Judith

Stadtwerke GmbH:

Kistenmacher, Peter, Dr.

Verwaltungsmitarbeiterin:

Feigel, Stefanie
Hubach, Carina
Kohn, Patricia
Rehg, Anne
Schneider-Joseph, Christine
Schork, Susanne

Verwaltungsmitarbeiter:

Wietschorke, Steffen

Schriftführerin:

Soennecken-Zimmer, Stefanie

ÖFFENTLICHE SITZUNG

Tagesordnungspunkt 1:

Übernahme einer Bürgschaft für ein Investitionsdarlehen der Stadtwerke Bad Dürkheim GmbH
Vorlage: 2026/0171/1.3

Bürgermeisterin Bauernschmitt führt in das Thema ein und berichtet, dass zum einem der Notartermin für die Fusion der Stadtwerke stattgefunden habe und zum anderen das Finanzamt dem steuerlichem Querverbund zugestimmt habe.

Geschäftsführer Dr. Kistenmacher erläutert die Sachlage und führt aus, dass die Aufnahme eines neuen Darlehens in Höhe von 6.000.000 Euro vorgesehen sei. Das Darlehen werde für Investitionen benötigt, die teilweise bereits in der Vergangenheit getätigt worden seien. Zudem seien Investitionen in den Infrastrukturausbau sowie aufgrund von Kostensteigerungen erforderlich. Die Möglichkeiten der Innenfinanzierung seien aufgrund der gestiegenen Kosten nicht ausreichend, sodass die Finanzierung der Investitionen teilweise über Fremdkapital erfolgen müsse.

Durch die zusätzliche Darlehensaufnahme werde sich die Eigenkapitalquote verringern und die Zinsbelastung erhöhen. Der Aufsichtsrat habe daher beschlossen, die Liquidität durch eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft überprüfen zu lassen.

Dr. Kistenmacher erläutert weiter, dass die Netzentgelte möglichst geringgehalten werden sollen. Gleichzeitig seien Vorfinanzierungen erforderlich, da bestimmte Aufwendungen bereits vor ihrer Refinanzierung anfielen. Als Beispiel nennt er den Erwerb von CO₂-Zertifikaten, für die Kosten in Höhe von rund 1.500.000 Euro vorfinanziert werden müssten.

Abschließend betont er, dass keine kritische finanzielle Situation bestehe, aufgrund der aktuellen Entwicklung jedoch Handlungsbedarf bestehe.

Ratsmitglied Giel fragt, ob bei einer geringeren Eigenkapitalquote nicht bereits von einer Überschuldung gesprochen werde. Zudem merkt er an, dass das Ergebnis der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft auch anders ausfallen könne als angenommen und in diesem Fall die Einlage verloren sei.

Geschäftsführer Dr. Kistenmacher unterstreicht nochmals, dass es sich um eine Bürgschaft der Stadt und nicht um eine Auszahlung handle. Das aufgenommene Darlehen werde der Stadtwerke GmbH zugerechnet und sei dem Fremdkapital zuzuordnen.

Ratsmitglied Dick-Walther erkundigt sich, ob es sich um ein gängiges Verfahren handle, um einen günstigeren Zinssatz zu erlangen und ob für sämtliche Bürgschaften ein Avalzins gezahlt werde.

Geschäftsführer Dr. Kistenmacher bejaht, dass für sämtliche Bürgschaften ein Avalzins gezahlt werde. Die Höhe sei ihm zum jetzigen Zeitpunkt nicht bekannt, da es sich um eine jährliche Ausgleichszahlung handle.

Ratsmitglied Günther merkt an, dass er die Arbeit von Herrn Dr. Kistenmacher wertschätze und volles Vertrauen in ihn habe. Dennoch wundere er sich über den Zeitpunkt der Darlehensaufnahme, da seiner Meinung nach der Haushaltsplan abgeschlossen sei und die Stadtwerke GmbH kurz vor der Fusion stehe. Er erkundigt sich, um welche Investitionen es sich genau handle, seit wann der zusätzliche Bedarf bekannt sei und welche Rolle diese Investition in Hinblick auf die bevorstehende Fusion spiele.

Geschäftsführer Dr. Kistenmacher erläutert, dass die aktuelle Situation auch auf kurzfristig entstandene, nicht planbare Maßnahmen zurückzuführen sei. Insbesondere seien unerwartete Baustellen und weitere Maßnahmen angefallen, die kurzfristig hätten finanziert werden müssen. Der Stromausfall habe zudem

gezeigt, dass mehr Leitungen marode seien als bislang angenommen. Das Controlling bei den Stadtwerken müsse daher weiter verbessert werden, um den Zustand der Infrastruktur und den daraus resultierenden Investitionsbedarf frühzeitig erkennen und entsprechend berücksichtigen zu können.

Ratsmitglied Schubert wirft ein, dass die Liquidität der Stadtwerke GmbH erhalten werden müsse und appelliert an die Ratsmitglieder, der Übernahme der Bürgschaft zuzustimmen, damit bei der Darlehensaufnahme ein günstigerer Zinssatz erzielt werden könne.

Ratsmitglied Giel hinterfragt, ob auch künftig mit vergleichbaren Liquiditätsproblemen zu rechnen sei.

Geschäftsführer Dr. Kistenmacher teilt hierzu mit, dass er dazu keine konkrete Aussage treffen könne, da die Netze aufgrund ihres Alters Risiken aufwiesen und Netzerneuerungen nicht ausschließlich aufgrund des Alters erforderlich werden könnten. Man werde jedoch künftig einen größeren Posten in den Finanz- und Wirtschaftsplänen für solche unvorhersehbaren Maßnahmen vorsehen. Des Weiteren plane man die Gasnetze instand zu halten, jedoch nicht auszubauen.

Ratsmitglied Markus Wolf weist darauf hin, dass man sich auf die Bürgschaft und nicht auf die Arbeit der Stadtwerke GmbH konzentrieren solle. Er sei sich sicher, dass ausschließlich sinnvolle und wirtschaftlich vertretbare Maßnahmen durchgeführt würden. Die sei auch ein Ziel der beschlossenen Fusion gewesen. Gleichzeitig erwarte er jedoch, dass künftig mehr Fokus auf die Liquiditäts-, Finanz- und Wirtschaftspläne gelegt werde.

Ratsmitglied Dick-Walther hinterfragt, warum so kurz vor der Fusion noch ein Darlehen aufgenommen werde und weshalb mit den Netzerneuerungen nicht bis nach der Fusion gewartet werde.

Geschäftsführer Dr. Kistenmacher legt dar, dass auch die anderen Werke Darlehen aufnehmen würden. Zwischen den Werken bestehe Einigkeit darüber, dass für Investitionen, die ausschließlich ein einzelnes Werk beträfen, kein gemeinsames Darlehen aufgenommen werde.

Ratsmitglied Bruns äußert, dass der Bürgschaft zugestimmt werden müsse, da die Investitionen bereits getätigt worden seien. Sie regt an, im Beschluss festzuhalten, dass der Bürgschaft zugestimmt werde, sofern der Bericht der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft positiv ausfalle. Die Fraktion werde der Bürgschaft unter dieser Voraussetzung zustimmen.

Geschäftsführer Dr. Kistenmacher erklärt, dass die Aufnahme eines entsprechenden Passus in den Beschluss schwierig sei, da der Bericht keine konkrete Aussage zur Liquidität anhand einer Kennzahl oder Prozentangabe enthalten werde.

Bürgermeisterin Bauernschmitt ergänzt, dass der Bericht eher in Form eines textlichen Gutachtens erstellt werde und es daher schwierig sei, eine passende Formulierung für den Beschluss zu finden. Anschließend bittet sie um Abstimmung.

Beschluss:

Die Stadt Bad Dürkheim übernimmt eine Ausfallbürgschaft in Höhe von 4.800.000 Euro für die Aufnahme eines Investitionsdarlehens durch die Stadtwerke Bad Dürkheim GmbH in Höhe von 6.000.000 Euro.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Tagesordnungspunkt 2:

Außerplanmäßige Verluste für das Freizeitbad Salinarium 2025
 hier: Kapitaleinlage in die Stadtwerke Bad Dürkheim GmbH
 Vorlage: 2026/0172/1.3

Bürgermeisterin Bauernschmitt leitet in den Tagesordnungspunkt ein und erteilt Geschäftsführer Dr. Kistenmacher zur näheren Erläuterung das Wort.

Geschäftsführer Dr. Kistenmacher führt aus, dass aufgrund der Baustellensituation im Jahr 2025 im Salinarium höhere Verluste als bei einem regulären Betrieb der Therme entstanden seien. Um die Finanzierung des Betriebs und der Investitionen aus den Mitteln der Stadtwerke auch im Jahr der Baustellensituation sicherstellen zu können, wäre ein regulärer Betrieb erforderlich gewesen. Dies sei aufgrund der Umbauarbeiten und des damit verbundenen eingeschränkten Betriebs der Therme jedoch nicht möglich gewesen. Der daraus entstandene Mehrverlust werde zur Sicherung der Liquidität der Stadtwerke GmbH durch die Stadt ausgeglichen. Ab dem Jahr 2026 sei aufgrund der Eröffnung der Therme kein Mehrverlust mehr zu erwarten, sodass kein weiterer Verlustausgleich durch die Stadt vorgesehen sei.

Ratsmitglied Dick-Walther erkundigt sich, ob weiterhin mit einem Verlust von 1.367.000 Euro zu rechnen sei oder ob der Verlust noch höher ausfallen werde.

Geschäftsführer Dr. Kistenmacher erläutert hierzu, dass der Jahresabschluss 2025 noch nicht abschließend vorliege und er deshalb keine konkrete Zahl nennen könne. Er gehe jedoch davon aus, dass die geplante Kapitaleinlage in Höhe von 1.500.000 Euro ausreichen werde, da sich der operative Verlust für 2025 ohne Verwaltungsteil auf rund 1.800.000 Euro belaufe.

Ratsmitglied Hagen erkundigt sich nach den aktuellen Zahlen für die Sauna und die Therme.

Bürgermeisterin Bauernschmitt gibt bekannt, dass hierzu ausführlich in der kommenden Stadtratssitzung am 1. September 2026 informiert werde.

Geschäftsführer Dr. Kistenmacher weist vorab darauf hin, dass die derzeitigen Besucherzahlen deutlich über den Erwartungen lägen.

Bürgermeisterin Bauernschmitt ergänzt, dass die Therme im Jahr 2026 bisher von 150.390 Gästen besucht worden sei, was einem täglichen Durchschnitt von 583 Gästen entspreche.

Ratsmitglied Brand bittet darum, den Gutscheinverkauf in die Präsentation für die nächsten Stadtratssitzung aufzunehmen.

Ratsmitglied Lang bitte darum, den Gaststättenbetrieb detaillierter vorzustellen.

Im Anschluss erfolgt die Abstimmung.

Beschluss:

Der Kapitaleinlage in Höhe von 1.500.000 Euro in die Stadtwerke Bad Dürkheim GmbH wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Tagesordnungspunkt 3:

Baukosten Therme: Übernahme der Mehrkosten durch die Stadt
 Vorlage: 2026/0173/1.3

Bürgermeisterin Bauernschmitt leitet in den Tagesordnungspunkt ein und erteilt Geschäftsführer Dr. Kistenmacher zur näheren Erläuterung das Wort.

Geschäftsführer Dr. Kistenmacher führt aus, dass sich die Investitionskosten für die Therme auf insgesamt 49.600.000 Euro beliefen. Davon seien bislang 46.300.000 Euro verausgabt worden, sodass noch Schlussrechnungen in Höhe rund 3.300.000 Euro ausstünden. Er weist zudem auf die während des Wurstmärkts stattfindenden Revisionsarbeiten hin. Zudem werde die Beseitigung bestehender Mängel durch die jeweiligen Firmen erfolgen.

Ratsmitglied Schubert erkundigt sich, warum im Haushalt 2026 lediglich 1.000.000 Euro stünden und wo die restlichen 2.000.000 Euro veranschlagt seien.

Verwaltungsmitarbeiterin Hubach erläutert, dass die entsprechenden Mittel bereits im Nachtragshaushalt 2025 eingestellt, bislang jedoch nicht ausgezahlt worden seien.

Ratsmitglied Dick-Walther erkundigt sich, ob für den Haushalt 2027 erneut 3.500.000 Euro für die noch ausstehenden Investitionen reserviert werden sollten.

Verwaltungsmitarbeiterin Hubach bejaht dies.

Ratsmitglied Hagen erkundigt sich, ob die Kosten für das Blockheizkraftwerk bereits in den genannten Investitionskosten berücksichtigt seien.

Geschäftsführer Dr. Kistenmacher erläutert, dass die technische Ausstattung des Bestands nicht vollständig in den genannten Kosten enthalten sei. Für das Blockheizkraftwerk sei jedoch ein Teilbetrag berücksichtigt worden. Die entsprechenden Kosten seien in der Prognose enthalten. Er werde dies nochmals konkret prüfen.

Bürgermeisterin Bauernschmitt bittet um Abstimmung.

Geschäftsführer Dr. Kistenmacher bedankt sich und verlässt um 18:10 Uhr den Sitzungssaal.

.

Beschluss:

Der im Haushalt 2026 eingeplante Zuschuss für die Mehrkosten der Therme wird an die Stadtwerke ausgezahlt.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Tagesordnungspunkt 4:

Sicherung der Betreuungsqualität durch Vertretungskräfte in Kindertagesstätten und Horten
hier: Einsatz und notwendige Stellenmehrung von Vertretungskräften
Vorlage: 2026/0188/FB3

Bürgermeisterin Bauernschmitt leitet in den Tagesordnungspunkt ein und erläutert, dass in der Beschlussvorlage von vier zusätzlichen Springerstelle die Rede sei, während der Sozialausschuss einstimmig fünf zusätzliche Springerstellen empfohlen habe.

Beigeordnete Strobel ergänzt, dass angesichts der hohen Krankheits- und Urlaubstage bis zum Halbjahr 2026 eigentlich sechs zusätzliche Springerstellen benötigt würden. Daher habe man sich einstimmig auf fünf zusätzliche Springerstellen im Stellenplan 2027 geeinigt, um zu vermeiden, dass Einrichtungen im Notfall vorzeitig geschlossen werden müssen.

Bürgermeisterin Bauernschmitt ergänzt, dass die Stadtverwaltung acht Prozent der Lohnkosten tragen müsse und die verbleibenden Kosten vom Land Rheinland-Pfalz und der Landkreis Bad Dürkheim getragen werden.

Ratsmitglied Lang gibt zu bedenken, dass es bei der Personalakquise zu Schwierigkeiten kommen könne, da zahlreiche Kommunen ebenfalls Fachkräfte suchen. Er erkundigt sich, welche Maßnahmen ergriffen würden, um die fünf Stellen zu besetzen.

Bürgermeisterin Bauernschmitt erläutert, dass man bisher gute Erfahrung mit Springerkräften gemacht habe. Zudem stünden bereits vorab Bewerber:innen zur Auswahl. Sie spricht sich dafür aus, die Ausschreibung schnellstmöglich auf den Weg zu bringen.

Fachbereichsleitung Schneider-Joseph ergänzt, dass Springerstellen insbesondere bei jüngeren Erzieher:innen beliebt seien, da diese dadurch Einblicke in verschiedene Bereiche gewinnen können. Auch ältere Erzieher:innen seien Springerstellen gegenüber nicht abgeneigt. Darüber hinaus seien eigens Qualitätsstandards für den Einsatz von Springerkräften entwickelt worden.

Ratsmitglied Dick-Walther erkundigt sich, ob Springer bestimmte Ausbildungsstandards erfüllen müssen und ob der Landkreis auch die beschlossenen fünf Springerstellen finanzieren werde, obwohl in der Beschlussvorlage lediglich vier Springerstellen aufgeführt seien.

Fachbereichsleitung Schneider-Joseph bejaht die Frage und führt aus, dass sogenannte Springerlisten geführt werden müssen. Sobald eine Springerkraft täglich eingesetzt werde, übernehmen das Land und der Landkreis die verbleibenden Lohnkosten.

Ratsmitglied Dick-Walther erkundigt sich, wer diese Dokumentation übernehme.

Fachbereichsleitung Schneider-Joseph teilt hierzu mit, dass diese Aufgabe von den jeweiligen Leitungskräften übernommen werde. 13 der derzeit 14 Springerkräfte seien unmittelbar einer Einrichtung zugeordnet. Die von den Leitungskräften geführte Dokumentation werde anschließend durch die Verwaltung geprüft.

Ratsmitglied Hagen berichtet aus der Sitzung des Sozialausschusses vom 13. August 2026 und gibt die dortige Aussage von Gary Kuhn wieder, wonach der Einsatz von Springerstellen in Bad Dürkheim „bahnbrechend“ sei. Sie spricht sich dafür aus, mit dem Sozialausschuss an einem Strang zu ziehen und den weiteren fünf Springerstellen zuzustimmen. Gleichzeitig müsse man auch die räumlichen Bedingungen in den Einrichtungen in den Blick nehmen und verbessern und dürfe sich nicht ausschließlich auf die personelle Ausstattung konzentrieren.

Ratsmitglied Markus Wolf unterstreicht, dass eine gute Betreuungsqualität für die Kinder ein entscheidender Ansatz für den Einsatz von Springerkräften sei. Der Auftrag sei klar: Springerkräfte können dazu beitragen, eine verlässliche Betreuung sicherzustellen und damit den Wünschen der Eltern nach planbaren Betreuungszeiten und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf Rechnung zu tragen. Springerkräfte seien den regulär eingesetzten Erziehungskräften gleichgestellt. Die vereinbarten Betreuungszeiten sollen eingehalten werden. Gleichzeitig müsse man auch weitere relevante Themen im Blick behalten. Eine gute Bildungs- und Betreuungsqualität sowie verlässliche Betreuungszeiten seien aus seiner Sicht der richtige Weg. Er spricht sich daher für die Zustimmung zu den zusätzlichen Springerstellen aus.

Ratsmitglied Dick-Walther merkt an, dass ein entsprechender Pool an Springerkräften erforderlich sei, da diese bei Bedarf auch zur Überbrückung bzw. Nachbesetzung offener Stellen eingesetzt werden könnten.

Bürgermeisterin Bauernschmitt bittet um Abstimmung über die Errichtung von fünf zusätzlichen Springerstellen.

Beschluss:

Die Aufnahme von fünf zusätzlichen Stellen für pädagogische Vertretungskräfte (Springerstellen) in den städtischen Kindertagesstätten und Horten im Stellenplan 2027 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Tagesordnungspunkt 5:

Mitgliedschaft in der Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros
Vorlage: 2026/0186/FB3

Bürgermeisterin Bauernschmitt führt in den Tagesordnungspunkt ein und erläutert, dass man sonst sehr zurückhaltend bei Mitgliedschaften sei. In der Sitzung des Sozialausschusses vom 13. August 2026 sei die Mitgliedschaft in der Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros jedoch auf Zustimmung gestoßen. Bei einem jährlichen Beitrag von 115,00 Euro könne man sich eine Mitgliedschaft vorstellen. Diese diene in erste Linie der Beratung und dem Austausch.

Beschluss:

Eine Mitgliedschaft in der Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros (BaS) zum 01.01.2027 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Tagesordnungspunkt 6:

Förderprojekt "Gemeinsames Prozessmanagement und Wissensmanagement" im Rahmen der Interkommunalen Zusammenarbeit (IKZ)

Vorlage: 2026/0190/FB1

Bürgermeisterin Bauernschmitt führt in den Tagesordnungspunkt ein und erteilt Frau Kohn das Wort.

Verwaltungsmitarbeiterin Frau Kohn erläutert anhand einer Präsentation das Projekt. In Zusammenarbeit mit der Stadt Grünstadt sowie den Verbandsgemeinden Leiningerland und Wachenheim an der Weinstraße beteilige man sich an dem Förderprojekt „Gemeinsames Prozessmanagement und Wissensmanagement“. Ziel sei es, die Verwaltung zukunftsfähig aufzustellen. Hierfür müssen Voraussetzungen geschaffen werden, um vorhandenes Wissen zu sichern und Verwaltungsprozesse zu verbessern.

Alle Projektpartner bringen ihr Wissen und ihre Erfahrungen zusammen. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse und Ergebnisse könnten anschließend von allen Partnern genutzt werden. Das Projekt umfasse mehrere Bausteine. Unter anderem werden Verwaltungsprozesse erfasst, dokumentiert und optimiert. Das gewonnene Fach- und Erfahrungswissen solle in einer KI-gestützten digitalen Wissensplattform gespeichert werden. Die Zusammenarbeit werde durch eine Person koordiniert.

Als Vorteile des Projekts sehe man unter anderem transparentere Arbeitsabläufe, eine gezieltere und einfachere Einarbeitung, eine Entlastungen der Mitarbeiter:innen sowie Leistungssteigerungen. Die Landesförderung betrage insgesamt 320.000 Euro für die ersten beiden Jahre. Die Folgekosten werden auf 40.000 Euro jährlich pro Partner geschätzt.

Bürgermeisterin Bauernschmitt ergänzt, dass hierzu bereits Gespräche mit den anderen Kommunen geführt worden seien und das aktuelle Projekt vom Land Rheinland-Pfalz ausdrücklich unterstützt werde.

Ratsmitglied Lang erkundigt sich, weshalb gerade diese Kommunen für das Projekt ausgewählt worden seien und warum die Stadt Deidesheim nicht beteiligt sei. Zudem möchte er wissen, wie die Erreichung der Projektziele überprüft und die Qualität sichergestellt werde. Abschließend teilt er mit, dass seine Fraktion das Projekt für sinnvoll halte und diesem zustimmen werde.

Verwaltungsmitarbeiterin Kohn erklärt, dass für maximal vier Kommunen eine Förderung vorgesehen sei. Bei den Kommunen habe man darauf geachtet, dass diese ein vergleichbares Niveau aufweisen. Zudem sei eine Stelle vorgesehen, die für alle vier Kommunen zuständig sei, da die Datenbank fortlaufend gepflegt werden müsse.

Bürgermeisterin Bauernschmitt ergänzt, dass nach Ablauf der zweijährigen Projektlaufzeit ein Sachstandsbericht vorgesehen sei.

Ratsmitglied Krick merkt an, dass man bei Förderprogrammen des Landes grundsätzlich vorsichtig sein solle. Gleichzeitig sehe er einen Synergieeffekt darin, dass mit anderen Verwaltungen zusammengearbeitet werde. Er erkundigt sich, wie die Ergebnisse und Prozesse dokumentiert werden sollen. Weiterhin fragt er nach, wodurch die veranschlagten Folgekosten in Höhe von 40.000 Euro entstehen würden.

Verwaltungsmitarbeiterin Kohn erklärt, dass eine Wissensdatenbank und ein KI-Tool aufgesetzt werden sollen. Die jährlichen Folgekosten von 40.000 Euro setzen sich aus 25.000 Euro geplanter Personalkosten und 15.000 Euro Lizenzkosten für ein KI-Tool zusammen. Für das KI-Tool werden derzeit mehrere Anbieter geprüft, eine Auswahl sei jedoch noch nicht getroffen worden.

Ratsmitglied Giel betont, dass dem Projekt zeitnah zugestimmt werden solle, da der Einsatz von KI heutzutage von großer Bedeutung sei. Er sei der Auffassung, dass sich die Ausgaben in Höhe von 40.000 Euro schnell amortisieren werden.

Ratsmitglied Schubert merkt an, dass eine kommunale Zusammenarbeit äußerst wichtig sei und man dem Projekt daher zustimmen solle. Gleichzeitig äußert er die Sorge, dass ein bürokratischer Überbau entstehen könnte, da hierfür ein erheblicher Zeitaufwand für die Mitarbeiter:innen erforderlich sei.

Ratsmitglied Günther erkundigt sich, wie sichergestellt werden solle, dass das in der KI-Datenbank hinterlegte Wissen auch nur in den beteiligten Kommunen bleibe.

Verwaltungsmitarbeiterin Kohn stellt klar, dass hierfür entsprechende Zugriffsrechte vergeben werden.

Ratsmitglied Kalbfuß erkundigt sich, ob auch Ratsmitglieder mit der KI arbeiten können.

Bürgermeisterin Bauernschmitt führt hierzu aus, dass dies derzeit noch nicht Bestandteil des Projekts sei.

Ratsmitglied Hoffmann erkundigt sich, ob es seitens des Landes Rheinland-Pfalz bereits einen Vorschlag bzw. eine Vorgabe hinsichtlich der einzusetzenden KI gebe.

Verwaltungsmitarbeiterin Kohn verneint dies.

Ratsmitglied Dick-Walther weist darauf hin, dass die Technische Universität Kaiserslautern-Landau ein starker Partner im Bereich KI sein könne. Weiterhin unterstreicht Sie, dass personenbezogenen Daten ausschließlich in einem geschützten Raum verarbeitet werden dürfen. Sie sehe einen sehr großen Bedarf für das Projekt. Gleichzeitig komme jedoch sehr viel Arbeit auf die Verwaltung zu, um die KI mit entsprechenden Daten zu versorgen.

Ratsmitglied Markus Wolf stellt fest, dass bislang noch kein Digitalisierungsprojekt im Fokus gestanden habe und die Umsetzung daher beschleunigt werden müsse. Er erachtet es als sinnvoll, an Verwaltungsprozessen zu arbeiten. Gerade im Hinblick auf den Fachkräftemangel müsse das Verwaltungswissen gesichert werden, um perspektivisch eine Entlastung der Mitarbeiter:innen zu ermöglichen. Er erkundigt sich, in welcher Verwaltung die geplante koordinierende Stelle angesiedelt werden solle.

Verwaltungsmitarbeiterin Kohn erläutert, dass die Zuordnung bei der Stadtverwaltung Bad Dürkheim sein werde.

Ratsmitglied Karst befürwortet den Schritt der Digitalisierung ausdrücklich und regt an, die Kosten durch sogenannte Open-Source-Modelle zu minimieren, damit sich der Aufwand schneller amortisiere.

Beschluss:

Die Stadt Bad Dürkheim beteiligt sich gemeinsam mit der Stadt Grünstadt sowie den Verbandsgemeinden Leiningerland und Wachenheim an der Weinstraße am Förderprojekt "Gemeinsames Prozessmanagement und Wissensmanagement" im Rahmen der Interkommunalen Zusammenarbeit (IKZ).

Die Verwaltung wird beauftragt, die für die Projektumsetzung erforderlichen organisatorischen, förderrechtlichen und vertraglichen Schritte in Abstimmung mit den Projektpartnern vorzubereiten und durchzuführen. Dies umfasst insbesondere die Ausarbeitung und den Abschluss einer interkommunalen Vereinbarung.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Tagesordnungspunkt 7:

Annahme von Sponsoringleistungen, Spenden, Schenkungen und ähnliche Zuwendungen gem. § 94 Abs. 3 Gemeindeordnung

Vorlage: 2026/0194/FB1

Bürgermeisterin Bauernschmitt führt in den Tagesordnungspunkt ein und die Anlage „Spenden“ wird projiziert.

Ratsmitglied Schubert fragt nach, was unter der Bezeichnung „Anonyme Spende“ zu verstehen sei.

Fachbereichsleiterin Feigel erläutert, dass das Stadtmuseum einen Briefumschlag erhalten haben, in dem sich 1.000 Euro befunden haben, ohne dass ein Hinweis auf die spendende Person vorhanden gewesen sei. Man habe sich gerne bei dem oder der Spender:in bedanken wollen und gehe davon aus, dass diese Person sich beim Museum melde werde. Dies sei bisher jedoch noch nicht der Fall gewesen.

Ratsmitglied Hagen regt an, in der RheinPfalz über die anonyme Spende zu berichten.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss stimmt der Annahme der in der Anlage aufgelisteten Spenden zu.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Tagesordnungspunkt 8:

Informationen

Es wurden keine Informationen erteilt.

Tagesordnungspunkt 9:

Anfragen

Ratsmitglied Hagen weist daraufhin, dass der Schützenverein parallel zur Lidl Deutschland Tour ebenfalls eine Veranstaltung durchführe und erkundigt sich, wie dies mit der Straßensperrung vereinbar sei.

Erster Beigeordneter Güther erläutert, dass dies bekannt sei und ein Großteil der Schützen vor Beginn der Straßensperrung an- und nach deren Aufhebung abreisen werden. Für alle anderen habe man Durchfahrgenehmigungen erteilt.

Ratsmitglied Hagen merkt an, dass es in Rheinland-Pfalz mehr Hitzetote gegeben habe als in anderen Regionen, und erkundigt sich, wie viele davon in Bad Dürkheim zu verzeichnen seien. Sie gibt zu bedenken, dass der Fokus auf Hitzeschutzmaßnahmen gelenkt werden müsse.

Erster Beigeordneter Güther pflichtet ihr bei und erklärt, dass entsprechende Maßnahmen ergriffen werden müssen. Hitzeschutzmaßnahmen werden demnächst sowohl im Bau- und Entwicklungsausschuss als auch im Sozialausschuss auf der Tagesordnung stehen. Zudem haben Bestatter zurückgemeldet, dass eine deutlich höhere Auslastung zu verzeichnen sei.

Ratsmitglied Hagen weist darauf hin, dass ein Maßnahmenkatalog erstellt und eine entsprechende Struktur zum Thema Hitzeschutz erarbeitet werden müsse.

Erster Beigeordneter Güther merkt an, dass dabei auch die Kälteperiode berücksichtigt werden müsse. Dafür müsse man umfassend agieren und dürfe nicht nur für städtische Gebäude Lösungen entwickeln.

Die Vorsitzende, Bürgermeisterin Bauernschmitt, schließt die öffentliche Sitzung um 19:06 Uhr.